

Kaiserplatz-Galerie: Jetzt wird es schwer politisch

Von Alfred Stoffels > 02.10.2008, 17:13

Aachen. Ob es tatsächlich zu einem Bürgerbegehren kommt oder eher nicht, die meisten Kommunalpolitiker wollen auf jeden Fall am geplanten Verkauf der Straße Adalbertsberg an die Investoren der Kaiserplatz-Galerie festhalten.

Bei der rot-grünen Mehrheit wie bei der CDU hieß es gestern übereinstimmend, es sei fast gute Recht aller Kritiker, ein Bürgerbegehren einzuleiten, wirklich sinnvoll sei diese Aktion aber nicht. Begründung: Die städtebauliche Situation hinter dem Kaiserplatz und an der unteren Adalbertstraße bedürfe dringend der Aufwertung.

Wie am Donnerstag berichtet, will die Initiative «Kaiserplatz-Galerie - aber anders» unbedingt verhindern, dass ein Großteil der Straße Adalbertsberg verschwindet und Teil der neuen Einkaufslandschaft wird (vorgesehene Kosten: 285 Millionen Euro). Solche Privatisierungen öffentlicher Straßen könne Schule machen, irgendwann könnten Investoren auch den Markt oder den Platz vor dem Elisenbrunnen beanspruchen.

Dazu erklärte am Donnerstag der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Harald Baal, natürlich werde es nicht zum Ausverkauf Aachener Straßen kommen, «in diesem einen Fall war das aber vertretbar». Und zwar deswegen, weil es unbedingt Sinn ergebe, die Kaiserplatz-Galerie in Richtung Harscampstraße, Reihstraße, Kaufhof zu öffnen. Auch gehe es der Stadt nicht darum, «Kasse zu machen», sondern darum, ein vernünftiges Projekt so gut wie möglich zu befördern.

So sieht das grundsätzlich auch die SPD. Vorsitzender Karl Schultheis weist aber gleichzeitig darauf hin, dass man sich über strittige Punkte «immer unterhalten» müsse, und das letzte Gespräch mit der Bürgerinitiative sei durchaus konstruktiv gewesen.

Auch SPD-Verkehrsexperte Björn Jansen setzt auf ständigen Dialog und Konzeptänderungen dort, wo sie nötig seien. Von Anfang an habe die Politik das Riesenprojekt begleitet, die bisherigen Ergebnisse könnten sich durchaus sehen lassen.

Für die Grünen sagte Ratsherr Hermann Josef Pilgram, gerade Rot-Grün habe dafür gesorgt, dass die ursprünglichen Pläne für die Kaiserplatz-Galerie immer wieder verbessert worden seien, dass zum Beispiel die Zahl der Parkplätze reduziert und Ersatzwohnraum für die Mieter geschaffen worden sei. Wichtig sei, dass an dieser vernachlässigten Stelle der Stadt etwas geschehe - «seit Kriegsende ist da nichts mehr passiert».

«Eigentlich nicht korrekt»

Dass sich der Ratskollege Horst Schnitzler so intensiv für ein Bürgerbegehren einsetzt, kommt bei den anderen Parteien nicht gut an. «Eigentlich nicht korrekt», nennt Pilgram solchen Einsatz, nachdem sich die Linke jahrelang an der Diskussion nicht beteiligt habe, für Jansen liegt klarer «Missbrauch eines Themas vor, das die Linke sich jetzt auf die Fahne schreibt». Baal spricht von einem «Spagat», den zu turnen nicht unproblematisch sei, zumal es sich bei Schnitzler um den Geschäftsführer seiner Fraktion handele.

Der freute sich am Donnerstag erst einmal darüber, «dass das Telefon nicht mehr stillsteht». Die Idee mit dem Bürgerbegehren sei auf großen Zuspruch gestoßen, nicht zuletzt viele ältere Aachener hätten sich aus historischen Gründen für den Erhalt der Straße ausgesprochen, aber auch der

Denkmalschutz sei häufig angesprochen worden.

Zu seinem Engagement als einer von drei Sprechern der Bürgerinitiative sei zu sagen: «Ich komme aus dieser Bewegung, ich bin über sie als Unabhängiger in den Rat gelangt, und mein Herz schlägt nach wie vor für diese Bürgerbewegungen.» Für ihn stehe nach wie vor fest, «dass die Leute nicht politikverdrossen, sondern parteiverdrossen sind».

Die Stadt Aachen geht im Übrigen davon aus, dass das avisierte Bürgerbegehren «keine Aussicht auf Erfolg hat», so Axel Costard vom Presseamt, unter anderem deswegen, weil die Drei-Monats-Frist längst verstrichen sei - der Verkaufsbeschluss des Rates datiere vom 9. April.

Richtig ist aber auch, dass der Verkehrsausschuss in einer seiner nächsten Sitzungen die Straße Adalbertsberg offiziell «umwidmen» muss. Ob dann dagegen bürgerbegehrt werden kann, ist laut Stadt vorerst «nicht zu beurteilen».

www.an-online.de/sixcms/detail.php?template=an_detail&id=673634&_wo=Lokales:Aachen